

Regierungsplan – Neue Überlegungen zur Stärkung der Kaufkraft durch Teilauszahlung der Abfertigungen

Griff nach Notgroschen

Die Arbeitgeber sollen für drei Jahre 50 Prozent der anfallenden Abfertigungsquoten an ihre Mitarbeiter auszahlen, damit diese mehr konsumieren können. Die diesbezüglichen Regierungspläne sind aber noch wenig ausgereift (und die Gewerkschaften blocken).

Rom/Bozen – Ministerpräsident Matteo Renzi und seine Regierung sind derzeit an vielen Fronten im Einsatz, um der nicht enden wollenden Krise Herr zu werden. Im Arbeitsbereich geht es vor allem darum, die hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und die Rahmenbedingungen so zu setzen, dass mehr Jobs geschaffen werden bzw. die Betriebe wieder mehr Mitarbeiter einstellen. Impulse dafür soll die geplante Reform des Arbeitsmarktes geben, die unter anderem eine Aufweichung des Kündigungsschutzes bzw. eine weitere Einschränkung der Pflicht zur Wiedereinstellung von entlassenen Mitarbeitern bringen soll. Vielleicht noch wichtiger ist es aber, Investitionen und Konsum anzuregen. Die Investitionen stützen soll auf europäischer Ebene viel billiges Geld der EZB, das die Banken zur Vergabe von Krediten einsetzen müssen. Mehr Konsum kann es nur geben, wenn die Menschen mehr Geld zum Ausgeben haben. Eine erste diesbezügliche Maßnahme waren Steuererleichterungen im Ausmaß von maximal 80 Euro im Monat für Bezieher niedriger Einkommen aus Arbeitnehmertätigkeit. Bereits diese Maßnahme hat ein Loch in die schon lecke Staatskasse gerissen, und weitere Steuersenkungen scheinen nicht machbar. Da der 80-Euro-Bonus aber in den Monaten seit seiner Einführung im Mai nicht die erhoffte Wirkung gezeigt hat (die Konsumausgaben sinken weiter), plant die Regierung neue Maßnahmen, die dem Staat nichts kosten. Ein Vorschlag liegt seit Ende September auf dem Tisch: Die Arbeitgeber sollen (für drei Jahre, bis dahin soll die schlimmste Zeit überstanden sein?) 50 Prozent der anfallenden Abfertigung an ihre Mitarbeiter auszahlen, sofern diese es wünschen. Das brächte allen Einkommensschichten weiteres Bargeld in die Taschen. Dazu ein einfaches Zahlenbeispiel: Die den Arbeitnehmern pro Jahr zustehende Abfertigungsquote beträgt etwa ein Monatsgehalt. Wenn demnach ein Arbeitnehmer brutto monatlich 1.500 verdient und seine Abfertigungsquote 1.500 Euro beträgt, so würde er bei Auszahlung von 50 Prozent dieses Betrages 750 Euro brutto mehr im Jahr erhalten, netto rund 600 Euro. Ein Arbeitnehmer, der auch Anrecht auf den monatlichen 80-Euro-Bonus hat, hätte dann immerhin 1.560 Euro im Jahr zur Verfügung (960 Euro Bonus + 600 Euro Abfertigung), was sich eigentlich in mehr Konsum niederschlagen müsste, was wiederum positive Effekte auf die Arbeitsplätze hätte. Wann und wie die Auszahlung erfolgen soll, ist noch nicht geklärt.

Allerdings ist der ganze Vorschlag noch wenig ausgereift, denn die Maßnahmen haben viele Nebenwirkungen. In den größeren Betrieben fließen die Abfertigungen in Zusatzrentenfonds oder in einen INPS-Fonds, in kleineren Betrieben konnten die Mitarbeiter entscheiden, ob sie die Abfertigung beim Arbeitgeber lassen oder in einen Zusatzrentenfonds lenken wollen. Anscheinend ist jetzt geplant, diese aus den Abfertigungen gespeisten Einzahlungen um die Hälfte zu kürzen und das Geld auszuzahlen.

Schwerwiegend für viele Kleinbetriebe, welche die Abfertigung ihrer Mitarbeiter verwalten, ist bei Umsetzung dieses Vorhabens, dass ihnen Betriebskapital und damit Liquidität entzogen würde, die viele gerade derzeit dringend benötigen.

Experten haben errechnet, dass die in einem Jahr im gesamten Staatsgebiet „anreifenden“ Abfertigungsbeträge der Arbeitnehmer etwa 23 Milliarden Euro ausmachen. Kommt die Hälfte davon unter die Leute? Ob dieses Planspiel Wirklichkeit wird, wird sich demnächst zeigen. Die Stellungnahmen der Unternehmerverbände und Gewerkschaften sind ablehnend. (hw)